



www.bds-info.ch

Kampagne Boykott israelischer Produkte

Medieninformation zum Start der nationalen Kampagne am 5. Februar 2011 in Bern

Wenn alles versagt, braucht es den Wink mit dem Zaunpfahl!

So die bekannte kanadisch-jüdische Friedensaktivistin Naomi Klein zum Boykott-Aufruf der Palästinensischen Zivilgesellschaft.

2004 erklärte der Internationale Gerichtshof in den Haag die Mauer in den besetzten Gebieten nach internationalem Recht als illegal. Trotzdem konnten sich weder die UN, noch die EU, das Nahostquartett, die Arabische Liga oder die Palästinensische Autonomiebehörde zu wirksamen Massnahmen entschliessen. Die Empörung und Frustration über diese Situation gab in der palästinensischen Zivilgesellschaft den Anstoss, nach neuen Wegen zu suchen, um endlich Gerechtigkeit erlangen.

Inspiriert von der südafrikanischen Boykottbewegung gegen das Apartheidregime riefen über 170 palästinensische Organisationen in den besetzten Gebieten, in Israel und in der Diaspora am 9. Juli 2005

- zum **Boykott**

- zum **Desinvestieren und**

- zu **Sanktionen gegen Israel auf**

Kurz: **BDS**

Dies, bis die drei Forderungen erfüllt sind:

1. Ende der seit 1967 andauernden militärischen Besetzung aller arabischer Gebiete,
2. Rechte der Flüchtlinge auf Rückkehr, gemäss der von der UNO ratifizierte Konvention.
3. Ende der Diskriminierung der palästinensischen BürgerInnen innerhalb von Israel.

Was beinhaltet BDS genau?

Einerseits den Konsumboykott, aber auch Boykott in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, wo öffentliche israelische Institutionen involviert sind: Kultur, Forschung, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Sport etc.

Zur Desinvestition, also zum Abzug von Investitionen werden Organisationen, Institutionen, Staaten aufgerufen, welche Gelder in israelischen und internationalen Firmen investiert haben, die von der Besetzung, dem Siedlungs- und Mauerbau und der israelischen Apartheid profitieren.

Die Organisation *Who Profits* (www.whoprofits.org) listet diese Firmen auf ihrer Homepage auf.

Die Sanktionen müssen selbstverständlich von Staaten und internationalen Organisationen verhängt werden. Sie richtet sich insofern auch an die politisch Verantwortlichen, die Menschenrechtsklauseln ernst zu nehmen, die in fast allen internationalen und bilateralen Verträgen vorkommen, und die Kooperation mit dem israelischen Staat in wirtschaftlicher, militärischer, wissenschaftlicher, kultureller Hinsicht einzustellen, bis Israel seinerseits seinen Verpflichtungen nachkommt.

Wie Sie wissen, hat sich die Situation für die Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten und in Israel selbst seit diesem Aufruf nicht verbessert, sondern erheblich verschlimmert. Die BDS-Bewegung hat also nichts von ihrer Aktualität verloren.

Insbesondere der brutale Angriff auf Gaza hat viele Menschen aufgerüttelt und zum Handeln motiviert.

Nebst den Aktionen im Rahmen des Konsumboykotts geniesst die Bewegung heute die Unterstützung von grossen Gewerkschaften in Südafrika, Grossbritannien, Kanada und von mehreren europäischen Ländern, darunter Frankreich und Italien. Namhafte westliche Kulturschaffende sprechen sich dafür aus. Und der norwegische Pensionskassenfond z.B. hat seine Investitionen aus der israelischen Waffenfirma Elbit zurückgezogen.

Einer der wohl wichtigste Gradmesser für die Bedeutung der Kampagne ist die Aussage des Exekutivdirektors der AIPAC, Howard Kohr, der an der jährlichen Orientierungskonferenz der AIPAC im letzten Mai zur BDS-Kampagne sagte: „Diese Kampagne ist nicht länger nur auf die extremen linken oder die extremen rechten politischen Kräfte beschränkt, sondern sie wird mehr und mehr von der grossen Öffentlichkeit in Amerika mitgetragen.“

Und wie ist der Stand von BDS in der Schweiz?

Solidaritätsorganisationen und kirchliche Kreise sind in mehreren Schweizer Städten schon seit einigen Jahren aktiv im Bereich Warenboykott. Mit Flugblättern und anderen Aktionen rufen wir die Konsumentinnen und Konsumenten zum Verzicht auf israelische Waren auf. Dabei stellen wir immer wieder mit Freude fest, wie viele Menschen sich bei ihren Einkäufen schon ganz selbstverständlich an diesen Grundsatz halten und sie danken uns dafür, dass wir mit unserer Aufforderung an ein breiteres Publikum gelangen.

Sämtliche bisherigen Aufrufe an die Grossverteiler, ihre ethischen Grundsätze ernst zu nehmen und nicht mit einem Land Geschäfte zu betreiben, das systematische Völker- und Menschenrechtsverletzungen begeht, blieben hingegen ungehört. Beide argumentierten u.a. damit, sie wollten ihren KundInnen die Wahlfreiheit lassen.

Nun lancieren die lokalen Organisationen von Basel, Bern, Zürich, Neuenburg, Genf und der Waadt zusammen diese nationale Boykott-Kampagne.

Sie richtet sich an die Konsumentinnen und Konsumenten, ein Zeichen gegen die Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts, gegen die anhaltende Besatzung, die Vertreibung und die Apartheid in Israel und den besetzten Gebieten zu setzen.

Andererseits an die beiden Grossverteiler, keine Produkte aus Israel mehr zu führen, solange sich Israel weigert, das Völkerrecht und die Menschenrechte für PalästinenserInnen zu respektieren. Eine entsprechende Unterschriftensammlung beginnt heute.

Um den Boykott sichtbar zu machen, ist ein Plakat in Vorbereitung, auf dem Menschen – prominente und andere – porträtiert sind, die offen deklarieren: „Israelische Produkte? Kaufe ich nie!“.

Die Internetseite, die laufend über israelische Produkte in Schweizer Geschäften informiert, ist im Aufbau. Im Lauf des Jahres sind zudem eine Kampagnenzeitung und Informationsblätter zu einzelnen Produkten und Problemen, die mit diesen verbunden sind (z.B. die Vertreibung der PalästinenserInnen aus dem Jordantal oder dem Negev, die Wasserproblematik etc.) geplant.

Was sagen wir Menschen, die sich über den Boykott israelischer Waren entrüsten, diesen sogar mit dem Nazi-Aufruf „Kauft nicht beim Juden“ vergleichen?

In Wirklichkeit ist diese Sichtweise in sich selber antisemitisch! Sie betrachtet eine Kritik an Israel oder Aktionen gegen die von diesem Staat ausgehende Unterdrückung als Angriff auf die Juden, als ob alle Juden/Jüdinnen die Politik Israels gutheissen würden und als Kollektiv für dessen Handlungen verantwortlich wären.

